

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
blatt 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 R.,
unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebentblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Hefungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präselektierten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 174

Freitag, 29. Juli

1921

Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen.

(N.) Der Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen ist soeben fertiggestellt und zur Begutachtung den Ministerien, dem Sächsischen Gemeindevorstand, dem Verband der Bezirksverbände, dem Sächsischen Bürgermeistertag, der Organisation der Gemeindevorstände, dem Landgemeindevorstand und den anderen in Frage kommenden Interessenten zugestellt worden. Er soll noch im Herbst dem Landtag zugehen.

Das neue Gesetz stellt eine Vereinfachung der Rechtsquellen auf kommunalem Gebiete dar und ist auf den Grundgedanken aufgebaut: „Ein jedes Volk regiert sich selbst.“ Der Selbstverwaltung ist deshalb der weiteste Spielraum gelassen. Der Entwurf beabsichtigt, die Amtshauptmannschaften zu kommunalisieren. Durch den Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden und deren Verbände werden künftig eine Reihe Aufgaben der bisherigen Aufsichtsorgane wegfallen. Ein Teil dieser Organe wird überflüssig werden, so z. B. die Reichshauptmannschaften.

Künftig soll jeder Stimmberechtigte Einwohner Bürger sein, ein besonderes Bürgerrecht also weder erworben noch verliehen werden können. Gemeinden sollen sich im Wege freier Vereinbarung vereinigen dürfen. Eine stufenweise Vereinigung soll nur durch Landesgesetz erfolgen.

Der Gemeinde ist voller Spielraum gelassen, an Aufgaben zu übernehmen, was sie nach vorhandenen Mitteln und Kräften übernehmen kann.

Im neuen Entwurf wird auch die viel umstrittene Frage des Ein- oder Zwei-Kammersystems zu lösen versucht. Der Entwurf folgt hier der alten sächsischen Gemeindeverfassung, überträgt sie, den Zeitverhältnissen und der Entwicklung angepasst, auf alle Gemeinden, er legt also organisch Gewordenes fest und vereinfacht und vereinfacht dadurch die Verwaltung. In jeder Gemeinde soll nur ein Gemeinderat sein, der aus besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern besteht und vom Bürgermeister geleitet wird. Jedoch soll im Gegenzug zur Rheinischen Bürgermeisterversammlung der Entwurf, daß der Bürgermeister nicht allmächtig, sondern nur ausführendes Glied des Gemeinderates sei.

Für die Gemeindevahlen ist die einheitliche Wahl im ganzen Lande an einem Tage mit unmittelbarer anschließender Wahl des Bezirksrates vorgesehen. Der Gemeinderat soll auf drei Jahre gewählt werden, es soll freie Vollerneuerung stattfinden. Der Bürgermeister und die besoldeten Gemeinderatsmitglieder sollen auf sechs Jahre gewählt werden. Künftig sollen Gemeinderatsmitglieder wegen Äußerungen in den Sitzungen strafrechtlich nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden.

Der Gemeinderat teilt seine freiwilligen und ihm übertragenen Aufgaben mit den Ausschüssen. In diesem soll die Bevölkerung im weitesten Maße zur Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde herangezogen werden. Der Bürgermeister wird vom Gemeinderat gewählt. Drei Monate nach seinem Zusammentritt müssen sich auch die Bürgermeister zur Neuwahl stellen, da es die Selbstverwaltung vereinfachen würde, wenn man Bürgermeister ohne weiteres bis an ihr Lebensende im Amte lassen wollte. Jedoch sind auch dem nicht wiedergewählten Bürgermeister seine erworbenen materiellen Rechte zu sichern.

In einem besonderen Abschnitt ist im Entwurf die Bildung von Gemeindeverbänden als Ersatz für das wegfallende Gemeindeverbandsgesetz vorgesehen. Ein weiterer Abschnitt scheidet die Gemeinden in bezirksfreie und bezirksfreie Gemeinden. Alle Gemeinden über 10 000 Einwohner werden bezirksfrei, die Städte bleiben Städte, auch wenn sie weniger als 10 000 Einwohner haben, doch gehören sie, wie alle Gemeinden unter dieser Einwohnerzahl, dem Bezirksverband an. Die bisherigen Bezirke der Amtshauptmannschaften werden beibehalten, die Amtshauptmannschaften hören auf, als staatliche Behörden zu existieren. Die der Bürgermeister, so wohl auch der Amtshauptmann zur Wahl stellen. Aus einem staatlichen Beamten wird ein Gemeindebeamter, der so wie der Bürger-

Die Hungersnot in Rußland.

Der Kampf der Sowjetregierung gegen den Hunger.

Seltingfors, 27. Juli. In Moskau hat dieser Tage eine allgemeine Versammlung der Sowjetautoritäten stattgefunden, an der u. a. Kamenev, Maxim Gorki und die Gräfin Alexandra Tolstoj teilnahmen. Die Lage wurde als äußerst kritisch bezeichnet. Kamenev teilte im Namen der Regierung mit, daß sie bereit sei, mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, um Rußland, das jetzt tatsächlich vor dem Tode stehe, zu retten. In der letzten Sitzung der Kommunisten im Deutschen Theater in Moskau hat Sinowjew eine große Rede gehalten, in der er sagte, daß der Kampf gegen den Hunger von der Sowjetregierung mit derselben Energie durchgeführt werden wird, wie gegen die Gegenrevolutionäre. Die freiwillige Räumung der bedrohten Gebiete durch die Bevölkerung werde mit Gewalt durch Truppen verhindert, damit diese Menschenmassen Rußland nicht überschwemmen. Daß die inländische Lage nicht ernstlich bedroht sei, sagte er noch, werde dadurch bewiesen, daß Lenin in Kürze eine Auslandsreise zu unternehmen gedenkt.

Auswärtige Hilfe für Rußland.

Riga, 27. Juli. In Riga wird ein aus Vertretern aller Konfessionen und Nationalitäten zusammengesetztes Hilfskomitee für Rußland gegründet. Dieses Komitee soll ein Hindernis zwischen dem Moskauer Hilfskomitee und der übrigen Welt darstellen. Das von der Rigaer Sowjetmission herausgegebene Blatt „Rovny Puty“ bezeichnet den Vorschlag, den der kürzlich aus Rußland zurückgekehrte Vertreter des Estländischen Roten Kreuzes zur Hilfeleistung an die hungerrnde Bevölkerung Rußlands ausgearbeitet hat, als praktisch ausführbare Grundlage. Danach müßte die Arbeit in Rußland in den Händen von unpoli-

tischen Organisationen liegen, die in Sowjetrußland Autorität genießen und von den Behörden nicht behindert werden dürfen. Hierfür käme die Moskauer Läuferorganisation in Verbindung mit Maxim Gorki und dem neugegründeten Moskauer Hilfskomitee in Betracht.

Der Sonderfriede Amerikas mit Deutschland.

London, 27. Juli. Nach einer New Yorker Meldung des „Daily Mail“ berichtet der Washingtoner Vertreter des „New York Sun“, daß der Plan des Staatssekretärs Hughes, die Annahme der abgedänderten Fassung des Versailler Vertrages zu sichern, gescheitert sei, und daß ein neuer Vertrag mit Deutschland, der sich genau an die einwandfreien Teile des Versailler Vertrages halte, in Bearbeitung begriffen sei.

Doch Dreiteilung Oberschlesiens?

London, 28. Juli. Das britische Mitglied des Hilfskomitees ist der „Daily News“ zufolge angewiesen worden, den feinerzeit von England und Italien gemachten Vorschlag über die Zuweisung der unstrittig deutschen und polnischen Teile Oberschlesiens an Deutschland und Polen dringend zu erneuern.

England gegen Sonderunternehmungen in Oberschlesien.

London, 28. Juli. „Morningpost“ erfährt von amtlicher Stelle, daß die britische Regierung den von ihr in der oberschlesischen Frage eingenommenen Standpunkt für richtig halte. Sie sei dafür, daß sie den Friedensvertrag von Versailles loyal ausführe, wenn sie darauf bestehe, daß jede Aktion in Oberschlesien gemeinsam sein müsse.

breiten Grundlage der Selbstbestimmung der Gemeinden und ihrer Verbände erreichen. Er bringt damit den hochentwidelten Gemeinden Sachsens das, was sie zum Leben brauchen: Bewegungsfreiheit.

Bereinigte Staaten von Amerika und Oberster Rat.

London, 28. Juli. Der Pariser Berichterstatter des „Times“ meldet unter Vorbehalt, er habe von ununterrichteter Seite gehört, eine sehr hohe Persönlichkeit Frankreichs habe mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, zwischen den Verbänden eine Übereinstimmung herbeizuführen, den amerikanischen Botschafter in Paris gefragt, ob die Möglichkeit einer Verbindung mit den Vereinigten Staaten bestehe. Beim Präsidenten Harding sei angefragt worden, ob Harding an den Sitzungen des Obersten Rates teilnehmen dürfe, und zwar nicht nur als Beobachter, sondern als Delegierter.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 27. Juni. (Gavas.) Die letzten Nachrichten von der Front bestätigen, daß die Griechen im Abschnitt Seid-Öhazi einen Erfolg erlitten haben. Die Griechen sollen mit dem Rückzug begonnen haben.

Athen, 27. Juli. Eine amtliche Mitteilung besagt: Die türkischen Berichte vom 25. und 26. d. M. über die Lage auf dem Kriegsschauplatz und alle anderen im gleichen Sinne gehaltenen Darstellungen sind gänzlich unbegründet. Insbesondere ist die Angabe, daß Düzdöl und Kism-Karabözü von den Türken zurückerobert worden seien, vollkommen falsch.

Athen, 27. Juli. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der Widerstand des Feindes vollkommen gebrochen. Seine Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen werden auf 60 000 Mann geschätzt. Die griechische Vorhut soll auf der Straße nach Angora bis Gordium gekommen sein. Auf dem Rückzuge steht der Feind seine Materiallager, die er infolge der eiligen Flucht nicht mitnehmen kann, in Brand.

Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!

Reichsteuergesetzgebung und Gemeindefinanzen.

Von Amtshauptmann Dr. Schöcher-Kuerbach i. V.

1.
Mit der Reichsteuerrreform sind von Seiten des Gesetzgebers zwei große Hauptwende erfolgt worden. Einmal sollten die vorhandenen Steuerquellen reiflos ausgeschöpft werden durch eine gleichmäßige und scharfe Anspannung der Steuer, andererseits sollte eine möglichst gleichmäßige Belastung der Steuerpflichtigen erreicht werden, die bisher nicht bestanden hatte, weil jede Gemeinde die Hauptsteuerquelle, die Einkommensteuer, nur ihren Bedürfnissen entsprechend erhob, und auf diese Weise in reichen Gemeinden prozentual geringe Steuern, in anderen schwerbelasteten Gemeinden hohe Steuern erhoben wurden.

Es ist zuzugeden, daß der erste dieser beiden Zwecke erreicht worden ist; bezüglich des zweiten Zweckes darf aber ein wirklicher Erfolg stark bezweifelt werden.

Die Auswirkungen der Reichseinkommensteuer bei den Gemeindefinanzen führen nämlich zu Ergebnissen, die, wie ich vermute, vom Gesetzgeber ebenso wenig gemollt, als auch bei der Schaffung des Gesetzes überhaupt bedacht worden sind. Sie werden letzten Endes durchgreifende Umgestaltungen der gesamten Gemeindeverwaltung nach sich ziehen.

Durch die neue Reichsteuergesetzgebung wird den Gemeinden ihre Hauptsteuerquelle — das war die Einkommensteuer — zwar nicht weggenommen, aber der Höhe nach bestimmt beschränkt. Sie erhalten noch dem Sächsischen Vollzugsgefehe von dem gesamten Einkommen der Gemeinde ohne Rücksicht auf ihren wirklichen Bedarf den dritten Teil zugewiesen. Ebenso verhält es sich mit der Körperschaftsteuer, während an anderen ertragreichen Steuerquellen wie z. B. die Umsatzsteuer die Gemeinden so gut wie überhaupt nicht beteiligt werden. Den gleichen Weg ist die Sächsische Landesgesetzgebung gegangen. Sie nimmt die anderen Hauptsteuerquellen, nämlich die Grundsteuer und die in dem neuen dem Landtage vorliegenden Gesetzesentwurf überaus weitgehend ausgedehnte Gewerbesteuer für sich in Anspruch und beteiligt die Gemeinden in bestimmtem Umfang an dem örtlichen Einkommen, ebenfalls ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Bedarf. Wenigstens liegen in dieser Beziehung die fertigen Gesetzesentwürfe bereits dem Parlamente vor. Die Gemeinden setzen sich also von vornherein ziffernmäßig begrenzten Einnahmen gegenüber. Was ihnen an sonstigen Steuermöglichkeiten bleibt, ist wenig bedeutend.

Es kommen in der Hauptsache die Vermögenssteuer und gewisse Zugsteuer in Frage, die in Gemeinden mit reicher und wohlhabender Bevölkerung einen guten Ertrag bringen werden, obwohl gerade dort infolge eines guten Einkommens der Hauptsteuer der Bedarf verhältnismäßig gering sein wird. In armen Gemeinden, welche die Erschließung weiterer Steuerquellen besonders nötig haben würden, bringen solche Steuern nur wenig, und dies auch nur dann, wenn sie zu außerordentlicher Höhe angepaßt werden.

Auf der anderen Seite haben die Gemeinden bestimmte Aufgaben zu erfüllen und können hierbei einen gewissen Mindestaufwand nicht unterschreiten. Es sei erinnert an die Aufgaben für Gehälter, an die Schul-, Armen- und Wegeausgaben usw. Zahlreiche Gemeinden stehen deshalb vor der Tatsache, daß sie selbst bei größter Sparamkeit nicht in der Lage sind, ihre Ausgaben mit den Einnahmen, die man ihnen gelassen hat, zu decken. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß der Staat bez. das Reich, welche die Einnahmequellen für sich in Anspruch genommen haben, den Geldbedarf decken. Im Vollzugsgefehe ist durch den sogenannten Ausgleich eine Einrichtung geschaffen, die — wie das Gesetz sagt — dem Lastenausgleich unter den

Ämtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung des Kreisamtsbüros findet Montag, den 1. August 1921, vorm. 10 Uhr im Sitzungssaal der Kreisamtsverwaltung...

Der Bezirksrat Reg.-Med.-Rat Dr. Schultze zu Auerbach i. S. ist vom 20. Juli bis mit 25. August d. J. beurlaubt. Mit seiner Vertretung ist der Bezirksrat Reg.-Med.-Rat Dr. Schmidt zu Olmitz i. S. beauftragt.

Die 3. Klasse der 179. Sächsischen Landeslotterie wird am 10. und 11. August 1921 gezogen.

Die Erneuerung der Lose ist nach § 5 der Planbestimmungen noch vor Ablauf des 1. August 1921 bei dem Staatslotterie-Einnahmer...

Die Bestimmungen an den Staatsstraßen sollen gegen sofortige Barzahlung verweigert werden und zwar: in der Amtsstrassenmeisterei...

Die Firma Max Richter in Annaberg betr. Blatt 1327 des Handelsregisters ist heute die Erteilung der Protokolle an den Handlungsbehilfen Hans Bernhard Zschaarschmidt...

Auf Blatt 1087 des Handelsregisters ist heute die Firma Carl Roth, Sigsogne-Spinnerei und Färberei, in Schiedel und als deren Inhaber der Kaufmann Carl August Roth...

Auf Blatt 74 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft Baugenossenschaft für das Personal der Königl. Sächs. Staatsbahnen...

Auf Blatt 74 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft Baugenossenschaft für das Personal der Königl. Sächs. Staatsbahnen...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921...

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Das Statut ist durch Beschluß der Hauptversammlung vom 7. Juni 1921 hinsichtlich der Bestimmung über die Firma (§ 1) geändert worden.

Die Kommanditgesellschaft H. W. Gröden & Co. mit dem Sitz in Dresden. Geschäftsführer sind der Kaufmann Friedrich Wilhelm Gröden...

Die offene Handelsgesellschaft Deutsche Industrie-Gesellschaft Schuppe & Pöding in Dresden: Die Protokolle des Ingenieurs Johannes Rudolf Fritz Stamm...

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Der Kaufmann Julius Hermann Grömann in Dresden ist als persönlich haftender Gesellschafter...

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle des Kaufmanns Carl Friedrich Wilhelm Mau sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Direktrice Martha Leiden sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Kurt Thiele und Friedrich Ulrich sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Bruno Max Richter sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Hermann Weich sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Dresden: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Die offene Handelsgesellschaft in Leipzig: Die Protokolle der Kaufleute Harry Schlegel sind erfolgt.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

1. Ständ. Lehrstelle in Dittersdorf i. G. v. O. Oberst. Schulbehörde. Einl.: Nach der B. O. Ostsch. C. Kleinere Wohnung vorh. Bew. bis 25. August an den Bezirksrat zu Zschö...

Die Forderungen des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten schreibt und: Dr. Minister Lipinski hat vor der Öffentlichkeit gegen den Bund Sächsischer Staatsbeamten den schwersten Vorwurf erhoben...

Die Forderungen des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten schreibt und: Dr. Minister Lipinski hat vor der Öffentlichkeit gegen den Bund Sächsischer Staatsbeamten den schwersten Vorwurf erhoben...

Die Forderungen des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten schreibt und: Dr. Minister Lipinski hat vor der Öffentlichkeit gegen den Bund Sächsischer Staatsbeamten den schwersten Vorwurf erhoben...

Ihrer Mitglieder sicherzustellen. Setzen seinem Grundbesitz, das Berufsamtentum zum Wohle des Staates unter allen Umständen zu erhalten, hat der Bund mehrere Forderungen an das Gesamtministerium gestellt, aus denen folgende hervorgehen:

Ein für das Staatswohl notwendiges geordnetes Zusammenarbeiten der Regierung mit dem Beamtenstand verlangt, daß die gegenseitigen Beziehungen auf gegenseitiges Vertrauen gegründet werden. Das der Beamtenchaft von Hrn. Minister Lipinski ausgesprochene Mißtrauen steht dem im Wege.

Der unter den früheren Kabinetten nach dem November 1918 eingeschlagene Weg der Befähigung muß sofort wieder aufgenommen werden. Es müssen feste Sicherungen geschaffen werden, die das Berufsamtentum vor fortgesetzter Beurlaubung bewahren, seine Arbeitsfähigkeit heben und seine Staatsfähigkeit gegenüber allen Schwankungen der Regierungsgewalten und gegenüber jeden Eingriffen irgendeiner Partei schützen.

Grundsätze.

Über die Wirkung der anhaltenden Dürre auf die Grundsätze wird aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt: Trotz der Trockenheit ist beim Weizengroße eine gute Mittelernte zu erwarten. Tagelohn sind empfindliche Schädigungen der Getreide und des Hafers zu verzeichnen. Sehr schlecht sind die Aussichten für die Kartoffelernte. Aus fast allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die Kartoffelpflanzen vielfach absterben. Weiter hat die Dürre verheerend auf die Futterernte gewirkt.

Obersächsischen.

Den bereits veröffentlichten Spenden der Großbanken für die notleidende oberländische Bevölkerung sind nunmehr auch namhafte Summen gefolgt, die von der Industrie, Verbänden, Genossenschaften sowie Privatpersonen gestiftet worden sind. Alle Gaben namentlich anzuführen verbietet der beschränkte Raum. Wir müssen uns damit begnügen, einzelne Beiträge herauszugreifen. Zu nennen sind u. a. die Interessengemeinschaft deutscher Lein- und Farberfabriken, deren Mitglieder 500.000 M. stifteten, die Firmen Ramond & Grünfeld, Reiter & Jakoby, die A. G. Berlin, Siemens & Halske A. G. in Berlin spendeten 1.000.000 M. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat zeichnete einen namhaften Betrag. Sämtliche Banken nehmen Beiträge unter dem Konto „Obersächsischer Hilfsverein“ entgegen; sämtliche Postämter unter dem Konto „Obersächsischer Hilfsverein“, Berlin NW. 7, Nr. 112.300.

Sächsischer Schneidertag in Zittau.

Unter zahlreicher Beteiligung hielt der Verband Sächsischer Schneider-Innungen in Zittau seinen 42. Verbandstag ab. Im Namen der Stadt begrüßte Oberbürgermeister Dr. Kätz, im Namen der Amtshauptmannschaft Regierungsamtman Dr. Dörfel den Verbandstag. Hierauf erlittete der Verbandsvorsitzende Pflugbeil den Jahresbericht. Die Zahl der im Verbandsorganisierten Innungen Sachsens betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 87 mit über 5000 Mitgliedern, heute 90 mit 7600 Mitgliedern. Als eine schwere Gefahr für das Schneiderhandwerk wurde der umfangreiche freie Stoffverkauf geachtet. Über den Existenzkampf des deutschen Handwerks und seine wirtschaftliche Bedeutung sprach Hr. Syndikus Descher. Der Redner geisterte die Auswüchse des Rechtsdenkens, der im Schneiderhandwerk nicht durchführbar sei, wendete sich gegen die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens, gegen die Schaffung von neuen Beamtenstellen und die

höchsten Arbeitsnachweise. Zur Steuerfrage fordert der Redner eine gerechte und gesunde Regelung, besonders die Befestigung des als umfangreichen und unverständlichen Zugzwangsgegesetzes, das nicht mehr den Luxus, sondern die Qualität bestimme, und bekämpfte den Gedanken einer schuldigen Kleinhandelssteuer. Andere Redner wiesen den Handwerker aus der Grundsteuer und der Landesgewerbesteuer. Die Städte machten immer neue Versuche, Zweige des Handwerks zu kommunalisieren, die vielerorts zur Vereinerung und Verschlechterung der Erzeugnisse geführt hätten. Nur durch Fraktionäre könne das Handwerk vertreten werden, deshalb müsse es die Aufhebung der einschneidenden Bestimmungen und volle Selbstverwaltung verlangen. Die Lehrlingsfrage und das Tarifgesetz behandelte Syndikus Dr. Ramontsch. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 42. Verbandstag des Verbandes der Schneider-Innungen Sachsens (jur. Person) in Zittau am 25. und 26. Juli 1921 spricht sich aussschließlich gegen jede tarifvertragsmäßige Regelung des Lehrlingswesens aus. Daburd würde jede Autorität des Meisters dem Lehrling gegenüber unterbunden, eine geregelte Lehrlingsausbildung unmöglich gemacht, somit, gänzlich unvereinbar mit den bestimmten Bestimmungen der Weimarer Verfassung, das Handwerk dem Untergang geweiht. Die in Zittau versammelten sächsischen Schneidermeister erwarten von der Reichsregierung, daß sie den Versuch nicht dulden wird, die bedeutsame Lehrlingsfrage einseitig unter Arbeitnehmer- oder gar politischen Gesichtspunkten zu regeln.

Schneidermeister Lehmann-Dresden berichtet über den Kampf gegen die Bekleidungsämter. Hierzu wurde folgende Entschließung gefaßt:

Der 42. Verbandstag der Schneider-Innungen Sachsens nimmt zustimmend Kenntnis von dem Vorgehen seines Vorstandes gegen das Bekleidungsamt Dresden. Er protestiert gegen die Absicht, das Amt mit staatlichen Mitteln zu unterstützen, die von dem schwer um seine Existenz ringenden Schneiderhandwerk mit aufzubringen sind. Auf der einen Seite immer erhöhte, kaum zu ertragende Steuern, auf der anderen Seite Verwendung dieser Steuern zur Vernichtung selbständiger Existenzen! Der Verbandstag verlangt Aufhebung des Bekleidungsamtes Dresden und Zurückweisung der Lieferungen an das Handwerk.

Zur Genossenschaftsfrage sprach Hr. Trautvetter, der empfahl, an den Genossenschaften festzuhalten, da sie notwendig und förderlich für das Schneiderhandwerk seien. Über die soziale Fürsorge für Handwerk und Gewerbe sprach Hr. Schaffrath, der die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Mittelstandes auf dem sozialen Gebiete hervorhob und die wichtigsten Fragen des eigenen Wohls und des der Familie kurz streifte. Am Schluß der beifällig aufgenommenen Vorträge wurden folgende drei Entschließungen angenommen:

1. Der 42. Verbandstag des Verbandes sächsischer Schneider-Innungen erhebt nachdrücklichen Einspruch gegen die weitere Belastung des Handwerks mit neuen Sondersteuern. Einmütig lehnt er aber die Abwälzung der Umsatzsteuer in Form einer 10-prozentigen Kleinhandelssteuer auf Handwerk und Gewerbe als den letzten Beschluß ab, und erklärt, daß eine solche Maßnahme den Ruin weiter Kreise vom Handwerk bedeutet, abgesehen von dem, daß der erhöhte Steuerertrag ausbleiben wird und muß. Mit ebensolcher Entschiedenheit lehnt er die Feuerliche Bevorratung aller Regiebetriebe von Reich, Staat und Gemeinde, sowie der Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften in Reichs- und Landesbetriebsorganen ab und fordert die Durchführung des Grundgedankes der feuerlichen Berechtigung gegenüber allen gewerblichen Unternehmungen.

2. Der 42. Verbandstag des Verbandes sächsischer Schneidermeister stellt sich auf den Boden des Rahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks, wie er vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeitet wurde, und

hält an den Grundgedanken der unabhängigen Selbstverwaltung, der sachlichen Gliederung und der Bindung aller Handwerker in Pflichtverbänden fest. Er fordert weiter, daß der § 100 der Reichsgewerbeordnung revidiert wird, da er sich als entwicklungsfähig für das Handwerk bewiesen hat.

3. Der 42. Verbandstag des Verbandes sächsischer Schneidermeister fordert von der Regierung den energischen Schutz des sächsischen Schneidergewerbes gegen die Auswüchse des Reformversuches durch die Ausföhrung von Pflichtarbeit von Seiten der Arbeitnehmer und Beamten. Ein Mittel wirksamer Bekämpfung sieht er darin, daß die Ausföhrung des Gewerbes durch die Behörden nicht mehr an solche Personen erfolgen darf, die in einem solchen Arbeitsverhältnis stehen oder sonstige feste ausreichende Bezüge erhalten. Ebenso fordert er einen wirksameren Schutz des sächsischen Gewerbes gegen die Auswüchse des Handwerkerwesens, den wilden Stoffhandel und das Wunderlagerwesen.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des Gesamtverbandes. Die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag wurde dem Vorstand überlassen; es kommen dafür vorzugsweise Freiberg und Olshaus in Frage.

Vom 1. August 1921 ab fällt die im Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr, Teil I, § 15 im Juli- und August 1921 die Eisenbahnverkehrsordnung vorgeordnete Fahrpreiserhöhung für Mitglieder von Krankenkassen und Verordnete der Versicherungsanstalten weg.

Chemnitz. Am 20. bis 22. August (nicht wie gemeldet am 22. und 23. August) findet hier ein Regimentstag des ehemaligen Infanterieregiments „Kronprinz“ statt. Der Festausch weiß erneut darauf hin, daß die Annahmen zur Teilnahme möglichst bis zum 31. Juli an Hrn. Berger, Chemnitz, Lutherstraße 16 (Bertram 197), erfolgen müssen.

Rittweide. Die sächsische Wassertragsanlage beim Elektrizitätswerk zu Rittweide, deren Bau jetzt fast im Gange ist, wird nach ihrer Fertigstellung mit etwa 1300 Pferdestärken arbeiten und 4 Mill. Kilowattstunden Strom liefern. Das Anlagekapital für die vollständig angebaute großartige Anlage ist auf 7 1/2 Mill. M. veranschlagt. Der dadurch notwendig werdende Kapitaldienst kann mit der zu erwartenden beträchtlichen Kohlenersparnis (etwa 2000 t) reichlich gedeckt werden; ja es ist sogar noch ein nennenswerter Reingewinn zu erwarten.

Rügeln, Bez. Leipzig. Rechtsanwalt Otto Max Schade ist zum Notar für Rügeln auf so lange Zeit, als er hier seinen Amtssitz haben wird, vom Justizministerium ernannt worden.

Penig. Bürgermeister Reimert in Penig tritt am 31. Dezember d. J. in den Ruhestand.

Altenberg. In seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung hat der Stadteigenrat zu Altenberg bei namenhafter Zustimmung einstimmig den Bürgermeister Just in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Altenberg und in Anbetracht seiner außerordentlichen Beliebtheit bei der Einwohnerschaft auf weitest sechs Jahre wiedergewählt.

Volkswirtschaftliches.

Der Rückgang des Kartuffel.

Am Abend des 27. Juli soll, so wurde an der Berliner Börse erzählt, wieder eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden haben, in der unter Mitbeteiligung im Zusammenhang mit der Zahlungsleistung der Goldmilliarde zum 31. August zur Vorbereitung stand. Man erwartet neue beruhigende Mitteilungen hierüber, die auch dazu bestimmt sind, dem Rückgang des Kartuffel endlich einmal wieder Einhalt zu tun. Die Voraussetzung dieser

Verhandlung war inoffiziell abermals wegen, namentlich die fremden Noten- und Wechselkurse erfahren in Berlin mit Ausnahme der Niederlande eine neue ansehnliche Steigerung, besonders das englische Pfund sog auf 263 M. und der Dollar sogar bis auf 78 1/2 M. an, ebenso lauten die Marktnotierungen der europäischen Börsen am 27. Juli niedriger, nachdem in New York der Markt nach einer anfänglichen geringfügigen Besserung sich von neuem abgeschwächt hatte. Die Steigerung des Dollarkurses wurde hier durch Zwangsbedingnisse für Wechselkurse beschränkt, da die in der Beziehung in hiesige verkehrten Noten fortgesetzt im Rückstand sind und sich sehr gezwungen sehen, die existierenden großen Auswüchse „sicherzustellen“. Ubrigens läßt auch die Reichsbank trotz ihrer Entzerrung, daß sie für den 31. August bereits gedeckt ist, immer wieder gewisse Posten Devisen durch Mittelmänner auslaufen. Weitand schimmert und ein warnendes mense tekel sind die Saldoverhältnisse in Österreich, um von Polen ganz zu schweigen. In Wien soll man bereits 1000 Kronen für einen Dollar, weil dort der Belausamer und die finanzielle Hilflosigkeit noch viel größer ist und weil man auch an der Tomos den beruhigenden Versicherungen der Regierung keinen Glauben mehr schenkt, nachdem die von ihr geänderte Hoffnung auf eine tatendende größere Kreditmaßnahme der Verbände nicht abwärts als trügerisch herausgestellt hat. Noch viel mehr sind die Juliände auch auf finanziellen Gebiete in Polen. Dort ist die Staatschuld bei der politischen Darstellungen allein seit Beginn des Jahres 1921 bis zum 7. Juli von 59,635 auf 137,625 Milliarden nach der Notenumlauf von 40,361 auf 105,364 Milliarden angewachsen. Und der Kurs der polnischen Mark ist hier bereits auf einem Tiefstand von 8,90 deutsche Papiermark für 100 polnische Mark angelangt, während für 100 österreichische Kronen nur noch 8,90 M. gezahlt werden. Das sind katastrophale Rissen, die inoffiziell für und keinen Trost bedeuten können.

Die Aktionäre der Sächsischen Bank zu Dresden werden zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf Dienstag, den 23. August, nach dem Saale der Dresdner Börse eingeladen, um über die gezielte Verpfändungs-erklärung wegen der Metallreserven Beschluß zu fassen. (S. Ant.)

Wichtige Berliner Kurse vom 27. Juli. 9 1/2 Deutsche Reichsbank 77,50, 4 1/2 Deutsche Reichsbank 69,50, 3 1/2 Deutsche Reichsbank 76,00, 3 1/2 Sächsische Bank 66,10, Hamburger Pfandbrief 177,75, Deutsche Pfandbrief 280,50, Norddeutscher Lloyd 151,50, Vereinigte Elektrizität 490,00, Bank für Brauindustrie 210,00, Deutsche Bank 302,00, Deutsche Kontonbank 263,00, Dresdner Bank 214,00, Leipziger Kreditbank 194,25, Deutsche Kreditbank 139,50, Deutsche Kreditbank 103,00, Bergmann Kreditbank 526,00, Berliner Kreditbank 550,00, Chem. Werke 520,00, Chemischer Fabrikanten 302,00, Berliner Motoren 261,75, Deutsch-Luguburger 389,00, Deutsche Erdöl 849,00, Deutsche Gasgesellschaft 328,00, Deutsche Ton- und Steinzeug 485,00, Deutsche Waffen 602,00, Donnerwetter 638,00, Dresden Maschinen 550,00, Eisenwerke 407,00, I. A. Waggonfabrik 740,00, Sächsischer Maschinen 555,00, Sächsischer Waggonfabrik 540,00, Sächsischer Bergwerk 654,00, Sächsischer Maschinen 540,00, Sächsischer Eisen 344,00, Sächsischer Maschinen 340,00, S. A. G. 480,00, Sächsischer Eisen 600,00, S. A. G. 270,00, Sächsischer Eisen 400,00, Sächsischer Eisen 480,00, Sächsischer Eisen 355,00, Sächsischer Eisen 346,00, Sächsischer Eisen 755,00, Sächsischer Eisen 440,00, Sächsischer Eisen 327,25, Sächsischer Eisen 376,00, Sächsischer Eisen 849,75, Sächsischer Eisen 390,00, Sächsischer Eisen 600,00, Sächsischer Eisen 578,00, Sächsischer Eisen 639,00, Sächsischer Eisen 495,00.

Dresdner Börse, 27. Juli 1921.

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Verschiedene Anleihen, Stadt-Anleihen, and Münchener. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Sächs. Pfand- u. Hypoth.-Briefe, Eisen- u. Stahlwerke, and Transport-Werke. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Eisen- u. Stahlwerke, Transport-Werke, and Bank-Werke. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Papier- u. Holz-Werke, Eisen- u. Stahlwerke, and Transport-Werke. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Eisen- u. Stahlwerke, Transport-Werke, and Bank-Werke. Lists various securities and their prices.

Table with columns for Eisen- u. Stahlwerke, Transport-Werke, and Bank-Werke. Lists various securities and their prices.

Die den einzelnen Wertpapieren beigegebenen Ziffern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentsätze der letzten Dividenden.